

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 13 (1921)
Heft: 7

Artikel: Der Konflikt der französischen Eisenbahner
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-351447>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gewerkschaftliche Rundschau

~~~~~ für die Schweiz ~~~~~

Publikationsorgan des Schweiz. Gewerkschaftsbundes

Abonnement jährlich 3 Fr.  
Für das Ausland Portozuschlag  
Postabonnement 20 Cts. mehr

Redaktion: Sekretariat des Schweiz. Gewerkschaftsbundes, Kapellenstrasse 8, Bern  
Telephon 3168 ○○○○○○○○○○○○ Postcheckkonto N° III 1366  
◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆ Erscheint monatlich ◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆

○ Druck und Administration: ○  
Unionsdruckerei Bern  
○○○ Kapellenstrasse 6 ○○○

## Der Konflikt der französischen Eisenbahner.

Zum zweitenmal innerhalb kurzer Zeit macht der französische Eisenbahnverband eine ernste Krise durch. Man wird sich erinnern, dass die Kommunisten bereits auf dem Kongress im Frühjahr 1920 die Mehrheit erlangten und dann die Maibewegung auslösten, die, wie bekannt, mit einem Fiasko endigte. Von den 347,000 Mitgliedern, die der Verband damals umfasste, blieben nach der Aktion noch 10,000! 23,000 wurden entlassen und mehr als 50,000 Strafen verschiedener Art wurden über die streikenden Eisenbahner verhängt. Der Verband berief nach dem Streik sofort den ausgeschifteten Bidegaray und den alten Vorstand zurück, um den Wiederaufbau der Organisation durchzuführen.

Bidegaray und seine Freunde machten sich eifrig ans Werk, und schon bald steigerten sich die Mitgliederzahlen wieder auf 100,000. Der ausserordentliche Kongress von 1920 bestätigte die Wahl des Vorstandes mit Bidegaray an der Spitze und erteilte ihm einen bestimmten Auftrag hinsichtlich der Tätigkeit der paritätischen Kommissionen und der zu unternehmenden Schritte für die Wiedereinstellung der Opfer des Maistreiks.

Die Zerrissenheit, unter der die französische Gewerkschaftsbewegung leidet, und die daraus folgende numerische Schwäche der Organisationen haben es aber den Leitern des Verbandes unmöglich gemacht, die gewünschten Wiedereinstellungen zu erzwingen. 23,000 Entlassene! Welche ungeheure Aufgabe, ihre Wiederaufnahme zu erwirken! Einzig die Einigkeit der Eisenbahner konnte bei den Gesellschaften und bei der ihnen ergebenden Regierung den nötigen Einfluss geltend machen. Doch anstatt diese unentbehrliche Einigkeit, wie das kürzlich die Bergarbeiter taten, zu schaffen, boten die Eisenbahner weiterhin das Schauspiel der jämmerlichsten Zerrissenheit. Bevor wir vom letzten Kongress sprechen, seien einige Worte über die Entwicklung des Verbandes und über die in den letzten drei Jahren erreichten Erfolge gesagt.

Die Tätigkeit des Verbandes hatte ermöglicht, die Anfangsgehälter der Eisenbahner von 1700 Fr. auf 2400 Fr. zu erhöhen. Im Jahre 1919 wurde den Gesellschaften ein Gehaltregulativ abgenötigt, das ein Anfangsgehalt von 3800 Fr. bestimmte.

Am 2. Mai erhielten alle Angestellten in geschlossenen Betrieben den Achtstundentag. Der Verband erhielt im weitem die Zusicherung, dass vom Juli an für das Personal des Fahrdienstes der Neunstundentag eingeführt werde.

Ferner wurde eine paritätische Kommission gebildet, die über die Ausführungsvorschriften betr. Achtstundentag in allen Netzen zu erkennen hatte. Die Re-

form fand ihre endgültige Sanktionierung durch einen ministeriellen Erlass vom 19. November 1919.

Die Gewerkschaft nahm angesichts dieser Erfolge ungeheuer zu. Einzig im Jahr 1919 wurden 136,846 Beitritte festgestellt. Die Effektivzahl der Mitglieder schwankte zwischen 300,000 und 350,000.

Der Anfang des Jahres 1920 war gekennzeichnet durch die drohende Entziehung der durch den Staat bezahlten Spezialentschädigung von 720 Fr. Der Verband blieb nicht untätig; am 2. Februar stellte er der Regierung ein Ultimatum, und am 10. Februar erhielten die Eisenbahner Satisfaktion.

Schon im Jahre 1919 begann indessen eine demagogische Kampagne Fuss zu fassen, die von Tag zu Tag ernster wurde. Sie wurde von Leuten geführt wie Monmousseau, der im Streik von 1910 als Streikbrecher amtierte und damals zwischen zwei Polizisten zur Arbeit ging, was ihm die Glückwünsche des Dienstbefehls eintrug.

Es durfte nach den Weisungen von Moskau keine Gelegenheit versäumt werden, um die Betriebe stillzulegen. Eine solche bot sich im Februar. Das war der Fall Campanaud, über den wir seinerzeit berichtet haben.

Beim Streikabschluss wurden 10 Entlassungen und zirka 30 Strafen aufrechterhalten. Der Verband hatte allerdings die formelle Zusicherung, dass diese Massregelungen in Wiedererwägung gezogen würden.

Die Extremisten bezeichneten dieses Ergebnis als «beschämenden Sieg». Sie setzten es auf dem Kongress 1920 durch, dass sich die Mehrheit der Delegierten gegen den Bericht aussprach.

Auf Grund der Mehrheit, die die Extremisten daraufhin in der Leitung des Verbandes erhielten, lösten sie die grosse Aktion aus, von der wir zu Beginn dieses Artikels gesprochen haben und die für den Verband so schwerwiegende Folgen hatte.

Im Versammlungssaal des Verbandshauses an der «Rue de la Grange-aux-Belles» fand nun der diesjährige Nationalkongress der Eisenbahner statt. Die öffentlichen Tribünen waren von Extremisten überfüllt, die fortwährend die Redner beschimpften, obschon sie dem Verband gar nicht angehören.

Der Geschäftsbericht lässt sich in einige Zeilen zusammenfassen. Er erinnert daran, dass der Verband zu Beginn des Jahres 1920 350,000 Mitglieder zählte, und an den Zerfall nach der Maiaktion. Er erinnert an die erfolglosen Schritte, die für die Wiedereinstellung der Entlassenen unternommen wurden. Er erinnert an die Unmöglichkeit der Abänderung des Personalgesetzes und des von den Gesellschaften nach den Richtlinien der Kommission, der die Vertreter der Gewerkschaften nicht mehr angehören, aufgestellten Geschäftsregulativs. Er erinnert schliesslich an die ungeheure Propaganda, die entfaltet werden musste, um die Mitgliederzahl von 10,000 auf 105,000 zu erhöhen.

Die Extremisten griffen Bidegaray scharf an, die 23,000 Entlassenen des Maistreiks nicht wieder untergebracht zu haben, während Monmousseau, nachdem er Bidegaray entfernt hatte, ausserstande war, die 10 Entlassenen des Februarstreiks wieder einstellen zu lassen.

Nachdem zwei Redner für und zwei Redner gegen den Geschäftsbericht gesprochen hatten, wurde die Abstimmung vorgenommen. Sie ergab noch verschiedene Differenzen.

|                          | Stimmen |
|--------------------------|---------|
| Für den Geschäftsbericht | 53,005  |
| Dagegen                  | 52,407  |
| Enthaltungen             | 2,715   |

Die Mehrheit Bidegarays betrug somit nur 598 Stimmen.

Die Delegierten des Nordens Belgiens, die im Saal nicht anwesend waren, konnten nicht stimmen; sie erklärten, dass sie, wenn sie anwesend gewesen wären, für den Bericht gestimmt hätten, was für Bidegaray einen Gewinn von 5165 Stimmen bedeutet hätte.

Die Stimmen verteilen sich wie folgt:

|                        | Für    | Gegen  |
|------------------------|--------|--------|
| Algerien               | 2,735  | 1,449  |
| Orléans                | 2,644  | 6,993  |
| Midi                   | 3,027  | 1,822  |
| Norden                 | 14,703 | 4,454  |
| Staat                  | 10,137 | 9,327  |
| Tunis                  | 1,883  | —      |
| P.-L.-M.               | 2,052  | 15,212 |
| Elsass-Lothringen      | 1,777  | 10,927 |
| Gürtel                 | 981    | 167    |
| Ost                    | 5,240  | 1,623  |
| Sekundärgesellschaften | 7,826  | 233    |

Nur mit Ungeduld hörte der Kongress den Bericht der Zugführer an, und auf den Vorschlag eines Minderheitlers nahm der Kongress ohne Diskussion sämtliche beim Bureau niedergelegten Forderungen an, um unverzüglich die theoretische Frage der gewerkschaftlichen Orientierung in Angriff zu nehmen.

Wie am Vortage sprachen zwei Redner für die Minderheitler und zwei Redner für die Mehrheitler.

Der erste der Minderheitsredner, Totti, machte den Reformisten den Prozess und Monmousseau ebenfalls. Er ruft zum wirtschaftlichen Kampf auf, der zuerst mit Streiks beginne, die sich nach und nach zum Bürgerkrieg ausweiten. «Man tut nicht, was man will,» sagte er, «man tut, was man kann.» «Wir haben versucht, eine Volksbewegung gegen die Mobilisation hervorzurufen, weil wir gegen die nationale Verteidigung sind, aber wir können der Klasse 19 nicht sagen, sie solle nicht einrücken.»

In der Motion, die Monmousseau im Namen der Minderheit beantragt, anerkennt er «das Fortschreiten der Besserstellung der Arbeiter durch die Verwirklichung augenblicklicher Verbesserungen, wie Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhung usw. . . . In Missbilligung jeder Zusammenarbeit der Klassen beschliesst der Kongress, an der Tätigkeit der paritätischen Kommissionen nicht teilzunehmen, und beauftragt seine Vertreter, da dies den Interessen der Eisenbahner besser entspricht, die hängigen Forderungen (Lohnregulativ, Personalgesetz usw.) mit Hilfe der gewerkschaftlichen Vertreter zu regeln, deren Arbeiten von der Gewerkschaftsorganisation nach den Prinzipien des Klassenkampfes erfolgen sollen. Der Kongress ist der Meinung, dass es nicht die unvermeidlichen Verträge zwischen Unternehmer und Arbeiter sind, die als Akte der Zusammenarbeit zu betrachten sind, sondern die Mitarbeit in den ständigen Organen.

Um auch den Gemässigten entgegenzukommen, wurde der Resolution folgender Passus beigefügt:

«In Erkenntnis, dass verschiedene Klauseln des Personalgesetzes, wie die Personalvertretung, von Netzen angenommen worden sind, die darüber noch keine Erfahrungen gesammelt haben, beschliesst er, vorläufig den Status quo beizubehalten.»

Für die Mehrheit sprechen Rauch und Bidegaray.

Die gewerkschaftliche Tätigkeit, sagte Rauch, ist nur dann revolutionär, wenn sie realisierbar ist. Revolutionäre und Reformisten ergänzen sich. Die Reformen, hat Jaurès gesagt, haben einen besondern revolutionären Wert, und die Revolution ist reformistisch.

Nur eine wirtschaftliche Revolution hat irgendwelchen Wert, und eine lange Vorbereitung ist notwendig.

Im Mai 1920 erklärten die Eisenbahner dem Kapitalismus den Krieg. Sie zogen ins Feld für die Nationalisierung der Eisenbannetze. Zu Beginn der Schlacht stellten sie nicht einmal fest, in welchem Augenblick sie einen teilweisen Erfolg als erreicht betrachten wollten. Aber für den Fall, dass der Sieg vollständig gewesen wäre und die Kapitalisten und Gesellschaften hergekommen wären und gesagt hätten: «Hier sind die Eisenbahnen, verfügt über sie», wo hätten die Gewerkschaften die fähigen Techniker gefunden, um ohne Gefahr für die Reisenden den normalen Betrieb der Eisenbahnen zu sichern?

Bidegaray schliesst die Reihe der Reden vor der Abstimmung über die gewerkschaftliche Orientierung. Er wirft seinen Gegnern vor, eine Zusammenfassung der Gewerkschaftsbewegung gegeben zu haben, nicht aber ein Tätigkeitsprogramm. «Es gibt Menschen,» sagte er, «die fortwährend von der Revolution reden und dabei vergessen, hinter sich zu sehen, ob jemand da ist, der mitmachen will.» Er weist die gegen die Verbandsleitung geschleuderte Anklage zurück, dass sie ohnmächtig sei, weil sie die Wiedereinstellung der Entlassenen nicht erreicht habe. Man vergisst zu sagen, dass die Aktionsmethoden, die letztes Jahr am Kongress vor dem Maistreik beschlossen worden sind, die Organisation zur Bedeutungslosigkeit zurückführten. Die im letzten Oktober mit Zähigkeit und finanziellen Opfern durchgeführte Propagandaaktion hat, wie man weiss, dem Verband nur 57,000 Mitglieder zugeführt.

Nach der Mainiederlage sind auf allen Netzen die gelben Gruppen entstanden, die nun eine fortwährende Gefahr für alle die Errungenschaften bilden, die durch die gewerkschaftliche Tätigkeit zur Zeit ihres Hochstandes erreicht worden sind. Die Einigkeit ist überall dahin, sie besteht nicht einmal mehr bei der Minderheit, da ja doch Totti von der Gewerkschaftsunion Marseille hat zurücktreten müssen. «Ihr lebt auf dem Mond,» ruft er den Minderheitlern zu, «ihr wollt die vollständige Uebernahme der Transportmittel ohne ein Wort der Erklärung oder der Vorbereitung; als ob sich das mit einem Schlag mit dem Zauberstab machen liesse.» Da sich im Saal und auf den Tribünen Lärm erhebt, wendet er sich gegen die Minderheitler und ruft ihnen mit Macht zu: «Ich nehme von Monmousseau keine Lektionen über die Gewerkschaftsbewegung entgegen. Ich habe im Streik von 1910 meine Pflicht getan, Monmousseau kann das nicht sagen!»

Den losbrechenden Tumult beherrscht Bidegaray mit seiner mächtigen Stimme: «Wenn man euch an eure Niederlagen erinnert, macht ihr Tumult und protestiert. Ich habe gestern die schlimmsten Dinge gehört, ohne Anstoss zu nehmen. Ihr, ihr seid stark in der Kritik und in fortwährenden Anwürfen, aber ihr habt Angst vor der Wahrheit!»

Die vom Verbandsbureau vorgeschlagene Motion appelliert an die Einigkeit, die in der Gewerkschaftsorganisation herrschen muss, damit im Einver-

ständnis mit allen Arbeitern die Ziele der Arbeiterbewegung verwirklicht werden . . . . . an das Gewissen aller Gewerkschafter und Genossen, damit allen jenen Widerständen ein Ende gemacht werde, die der Tätigkeit der Eisenbahner schaden können, dass alle jene Kampagnen aufhören, die die Arbeiterorganisationen zerrütten und die Kampfmittel gegen die Angriffe der Unternehmer und gegen die politische Reaktion schwächen.

. . . Der Kongress spricht sich gegen jeden Ausschluss aus. Er erinnert daran, dass die Disziplin, die von allen Arbeitern freiwillig gehalten wird, für die Verteidigung ihrer gemeinsamen Interessen unentbehrlich ist, unabhängig von den persönlichen Neigungen des einzelnen . . . .

. . . . Der Kongress stellt unter den wichtigsten Forderungen auf: Die Anwendung des Achtstundentages in den Netzen, die Revision des Gehaltregulativs, vor allen Dingen aber als imperative Pflicht aller Eisenbahner die Wiedereinstellung der Entlassenen.

Bei der Abstimmung über die beiden Resolutionen antworten die Delegierten mit Bidegaray oder Monmousseau. Die Kommunisten bestritten den Delegierten des Nordens Belgiens das Recht, an der Abstimmung teilzunehmen. Diese konnten lange beteuern, dass sie Mitglieder der C. G. T. seien, dass sie ihre Beiträge bezahlen, dass zwischen dem Nordnetz, dem Eisenbahnerverband, der C. G. T. und der belgischen Gewerkschaftskommission ein Uebereinkommen getroffen worden sei, das ihnen in allen wichtigen Fragen das Mitspracherecht zusichere; sie drangen nicht durch dank des Widerstandes der Extremisten, die das für Internationalisten unwürdige Schauspiel boten, ihnen aus rein nationalen Gründen das Recht streitig zu machen, ihrer Meinung über die Art der Führung des Kampfes des Proletariats Ausdruck zu geben. Infolge dieses Manövers wurden 5165 Stimmen des Netzes Nord-Belgien für die Motion Bidegaray annulliert; sie vereinigte deshalb nur 53,677 Stimmen auf sich, gegen 55,140 Stimmen, die der Motion Monmousseau zufließen.

Die Zahl der von jedem Netz abgegebenen Stimmen bietet einen interessanten Vergleich mit der Stimmenzahl beim Geschäftsbericht, die wir oben angeführt haben:

|                        | Bidegaray | Monmousseau |
|------------------------|-----------|-------------|
| Algerien               | 2,735     | 1,571       |
| Orléans                | 2,631     | 7,602       |
| Midi                   | 3,066     | 2,264       |
| Norden                 | 15,089    | 4,172       |
| Staat                  | 9,403     | 10,365      |
| Tunis                  | 1,883     | —           |
| P.-L.-M.               | 3,070     | 15,083      |
| Elsass-Lothringen      | 1,888     | 11,074      |
| Ost                    | 5,121     | 1,623       |
| Sekundärgesellschaften | 8,048     | 427         |

Falls die Vertreter des Nordens Belgiens hätten mitstimmen können, hätte Bidegaray mit 3702 Stimmen gesiegt.

Ein anderer Zwischenfall erfolgte bei der Wahl des Verbandsvorstandes. Der Vorstand wird durch die Kongresse der Netze gewählt. Der Kongress nimmt gemäss Statuten davon Kenntnis. Da nun die Netze einen aus Mehrheitlern zusammengesetzten Vorstand gewählt hatten, schlugen die Kommunisten vor, unverzüglich einen neuen Vorstand zu wählen. Die Mehrheitler widersetzten sich dieser Vergewaltigung der Statuten und verliessen den Saal, bevor die Kommunisten hatten abstimmen lassen können.

Andern Tages versammelte sich wie gewohnt nach dem Kongress der Verbandsvorstand, um einen Exekutivausschuss und ein Bureau zu wählen, das sich aus

einem Generalsekretär, zwei Sekretär-Adjunkten, einem Hauptkassier, einem Adjunkt-Kassier und einem Archivar zusammensetzt. Monmousseau verlangte, dass jedes Vorstandsmitglied für jene Mitgliederzahl stimme, die sein Netz umfasse. Die Mehrheitler machten darauf aufmerksam, dass die Statuten dieses System nicht zulieszen, evtl. müssten zuerst die Beschlüsse der Netze eingeholt werden. Schliesslich wurde einstimmig der von den Kongressen der Netze vorgeschlagene Exekutivausschuss gewählt, dann ging man auf den Vorschlag eines Mitgliedes zur Wahl des Bureaus über. Die Kommunisten brachten eine Liste in Vorschlag von aktiv im Dienst tätigen Genossen, die aber die gestellten Bedingungen nicht erfüllten. Die Bidegaristen schlugen darauf Kandidaten aller Kategorien vor. Die Abstimmung ergab für diese Liste 30 Stimmen und 23 Enthaltungen. 4 Mitglieder waren abwesend.

Die Kommunisten versammelten sich von neuem und wählten in offener Verletzung der Statuten ein anderes Bureau. Nun geht der Kampf weiter; die beiden Richtungen sind ungefähr gleich stark. Die beiden Bureaus beanspruchen jedes, von der C. G. T. anerkannt zu werden. Die C. G. T. bietet ihre Vermittlung an; die Bidegaristen haben sie angenommen, aber die Kommunisten lehnen sie ab. Dieser Bruderkrieg erfreut besonders die reaktionären Gesellschaften, von denen die französischen Eisenbahnen ausgebeutet werden, und wenn die schweizerischen Kommunistenblätter über das triumphieren, was sie den Sieg der «Zellenbauer» nennen, wären sie der Wirklichkeit näher, wenn sie von der Ohnmacht der Arbeiterbewegung sprechen würden, die der sichern Niederlage entgegenführt.



### Die lokalen Arbeitersekretariate.

In der Augustnummer der «Gewerkschaftlichen Rundschau» von 1918 haben wir zum erstenmal eine Zusammenstellung über die lokalen Arbeitersekretariate in der Schweiz gegeben. Ihre Zahl hat sich seither um vier vermehrt. Zu den damals bestehenden kamen, Biel (1920), La Chaux-de-Fonds (1920), Liestal (1920), Glarus (1918). Die Zahl der auf sämtlichen Sekretariaten beschäftigten Angestellten vermehrte sich von 19 auf 28.

Die Beiträge, die von den angeschlossenen Organisationen erhoben werden, bewegen sich in der Regel zwischen 10 und 20 Rp. pro Mitglied und Monat. In einzelnen Fällen sind sie niedriger, in einzelnen Fällen höher. Die Beiträge der kantonalen Sekretariate sind meistens niedriger als die der städtischen, da grössere Mitgliederzahlen in Frage kommen und andererseits die Gewerkschaften auch mit den Beiträgen ihrer lokalen Unionen belastet sind. Unverkennbar hat die Aenderung der Statuten auf dem Gewerkschaftskongress von 1917 dazu beigetragen, dass die Gewerkschaften den Kartellen in grösserer Zahl beigetreten sind. Diese Tendenz dürfte sich in der nächsten Zeit noch verstärken.

Die finanzielle Lage der meisten Sekretariate ist nicht gerade glänzend, in einzelnen Fällen sogar schlecht. Die meisten Sekretariate beziehen neben den Beiträgen der angeschlossenen Organisationen Subventionen von Kanton oder Gemeinde oder von beiden. Diese Subventionen ergeben in einzelnen Fällen schon ganz erkleckliche Summen. Insgesamt belaufen sich die Subventionen der Kantone auf 35,663 Fr., die der Gemeinden auf 33,250 Fr.

Einige Sekretariate werden auch vom Gewerkschaftsbund oder von Konsumvereinen subventioniert. In frühern Jahren gaben auch einzelne Verbände Subventionen. Nachdem aber auf dem letzten Gewerk-